

// AMTLICHE BEKANNTMACHUNG //

Am **Dienstag, 08.03.2022, 19:00 Uhr**

findet im **Bürgersaal des Rathauses, Am Stadtzentrum 1**

eine öffentliche Sitzung des Ausländerbeirates statt.

Tagesordnung

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Ausländerbeirates vom 02.11.2021
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Ausländerbeirates vom 07.12.2021
3. FA/2022-185 SPD-Antrag;
Positionierung der Stadt Raunheim zum Angriffskrieg gegen die Ukraine
4. Sachstandsbericht zu den Kleingärten
5. Neue Grundschule in Raunheim
- Sachstandsbericht -
6. FA/2020-898 SPD-Antrag;
Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof
7. Verschiedenes

Kadir Erdogan
Vorsitzender

Ausländerbeirat
Vorsitzender:
Kadir Erdogan

Postanschrift
Postfach 1152
65479 Raunheim

3. März 2022

E/6

Antrag FA/2022-185



Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 02.03.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.2
Antragsteller	SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Ausländerbeirat	08.03.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	17.03.2022	beschließend

Betreff:
SPD-Antrag;
Positionierung der Stadt Raunheim zum Angriffskrieg gegen die Ukraine

Anlage(n):
(1) Fraktionsantrag



SPD-Fraktion Raunheim • D. Herberich – Am Stadtzentrum 5c • 65479 Raunheim

Herr Stadtverordnetenvorsteher
David Rendel
Am Stadtzentrum 1
65479 Raunheim

Fraktionsvorsitzender:
Michael Gluch

Stellvertreter:
Loubna Ouariach
Angelo Pellilli

Kontakt:
dorothee.herberich@gmx.de
06142-44118

Datum:
28.02.2022

Online:

www.raunheimer-spd.de

www.facebook.de/SPDRaunheim

www.instagram.com/Raunheimer_SPD

Antrag aus aktuellem Anlass zur Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 17. März:
Der Angriffskrieg gegen die Ukraine

Positionierung der Stadt Raunheim zum Angriffskrieg gegen die Ukraine

Beschlussvorschlag:

1. Aus aktuellem Anlass und aufgrund der hohen Gefahr, die von dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgeht, befasst sich die Stadtverordnetenversammlung prioritär mit der eingetretenen Lage sowie den ihr zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten in der Sitzung am 17. März.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Resolution:

Der vom russischen Präsidenten Wladimir Putin befohlene Angriffskrieg gegen die Ukraine wird aufs Schärfste verurteilt.

Die an verschiedenen Grenzabschnitten erfolgten militärischen Vorstöße sowie die Zerstörung von Infrastruktur im Landesinneren sind in keiner Weise zu rechtfertigen und verstoßen in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht.

Das erklärte Ziel des russischen Präsidenten, nämlich die Absetzung der regulären, demokratisch gewählten Regierung, die Annexion der Gebiete Donbass und Luhansk sowie die zwangsweise Einbindung des ukrainischen Staates in Kooperationsstrukturen mit der russischen Föderation verstoßen eindeutig gegen internationales Recht und können keinesfalls geduldet werden.

Die Stadt Raunheim ist in großer Sorge um die Menschen in der Ukraine. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Bevölkerung der Stadt Lubny, mit der wir über eine Städtepartnerschaft freundschaftlich verbunden sind.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind sich darin einig, dass zugunsten der Menschen in Lubny engagiert Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durch die Stadt Raunheim sowie die gesamte Stadtgesellschaft erbracht werden sollen.

UNSERE STADT. UNSER WEG.

3. Zum Zwecke der Aufnahme von Flüchtlingen aus Lubny aber auch aus anderen Teilen der Ukraine sind geeignete Unterbringungsmöglichkeiten in Raunheim bereitzustellen. Die Stadtgesellschaft ist hierzu durch umfängliche Information und Motivation mit einzubeziehen.
4. Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. März sind Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Raunheim wohnhaft sind, einzuladen und zur Lage in ihrem Land zu hören.
5. Der Bürgermeister der Stadt Lubny ist zur Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über ein geeignetes Videokonferenzsystem zuzuschalten. Im Austausch über dieses Kommunikationsmittel sind Informationen über die Lage in Lubny sowie besonders dringliche Hilfe-/Unterstützungsleistungen zu erreichen.
6. Nach Beratung mit dem Bürgermeister von Lubny ist schnellstmöglich zu prüfen, in welchem Maße und auf welchen Wegen die von diesem erwünschten Hilfe-/Unterstützungsleistungen zugunsten der Menschen in Lubny erbracht werden können.
7. Der Magistrat wird aufgefordert, über das bestehende internationale Städtenetzwerk mit den Stadtregierungen von Le Teil, Trofarello, Hakusan, Pakruojis, Nantwich sowie Chengdu-Pidu eine Resolution abzustimmen, die in Folge sowohl an Lubny wie auch die Administration in Osjorsk/Russland weiterzuleiten ist.

Begründung:

In dreister und völkerrechtswidriger Weise hat der russische Präsident Wladimir Putin für den 24.02.2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine befohlen.

Seitdem operieren russische Truppen auf ukrainischem Gebiet, werden Städte beschossen, Infrastruktur zerstört und das ukrainische Volk in Angst und Schrecken versetzt.

Ein solcher Angriff, der sowohl im Hinblick auf seine vermeintliche Legitimation wie auch bezogen auf seine Ziele als barbarischer Rückschritt in die zwischenstaatliche Gewaltpolitik früherer Jahrhunderte anzusehen ist, muss bei der Gemeinschaft der freien Völker weltweit auf Protest und Widerstand stoßen.

Die Stadt Raunheim engagiert sich seit Jahren auf der Ebene einer international ausgerichteten Politik der kommunalen Kooperation. Primäres Ziel war dabei stets die Förderung der Völkerverständigung und die Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit und kulturellen Austausch über Grenzen und Kontinente hinweg.

UNSERE STADT. UNSER WEG.

Nach Auffassung der Raunheimer SPD-Fraktion ist daher eine klare Positionierung und das Angebot von Hilfs- und Unterstützungsleistungen für unsere ukrainische Partnerstadt von hervorgehobener Wichtigkeit.

Zugleich soll das bestehende internationale Städtenetzwerk dafür genutzt werden, die Verachtung gegenüber dem begonnenen Angriffskrieg in großem Schulterschluss auszudrücken.

Der Fraktion ist bewusst, dass Außenpolitik im klassischen Sinne den jeweiligen Regierungen der Staaten vorbehalten ist. Wir sind allerdings der Auffassung, dass ein Engagement der Stadt Raunheim im Zusammenwirken mit anderen Kommunen des Städtenetzwerkes die eingeleiteten Maßnahmen der westlichen Staatengemeinschaft unterstützt und ergänzend abrundet.

Die im internationalen Netzwerk verbundenen kommunalen Partner sollten sich im Bedarfsfall auf einander verlassen können. Das galt für das Erdbeben in Le Teil und das sollte jetzt für die militärisch und in ihrer Freiheit so sehr bedrängte Partnerstadt Lubny in der Ukraine gelten.

Weitere Erläuterungen zu den vorgeschlagenen Beschlusspunkten erfolgen mündlich (auch in der Ältestenratssitzung am 01.03.2022).

Für die SPD-Fraktion

Michael Gluch

UNSERE STADT. UNSER WEG.

Entwurf

Resolution des internationalen Städtenetzwerkes zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

Das am 30. August 2015 gegründete Städtenetzwerk, in dem Kommunen aus Westeuropa, Osteuropa sowie Fernost mit einander verbunden sind, verfolgt seit dem Start dieser Kooperation neben der engen Zusammenarbeit auf kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene vor allem das Ziel, die Völkerverständigung zu fördern und damit dazu beizutragen, dass Friedensstrukturen weltweit weiter gestärkt werden.

Leider bedeuten die aktuell gegen die Ukraine durchgeführten Kriegshandlungen einen schmerzhaften und eklatanten Rückschritt für unsere Arbeit.

Die Erfahrungen aus den furchtbaren Kriegen des 20. Jahrhunderts ließen uns hoffen, dass nie wieder ein entwickelter Staat einen anderen militärisch überfallen und damit noch einmal Flucht, Leid und Tod verantworten wird. Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine machen deutlich, dass sich diese Hoffnung leider nicht erfüllte.

Wir, die im internationalen Städtenetzwerk verbundenen Kommunen, sind in großer Sorge um unsere Freunde in der Partnerstadt Lubny. Uns ist bewusst, dass das Vorrücken von Truppen gegen die Stadt, die erlebten Luftalarme sowie die bedrohlichen Nachrichten über belagerte ukrainische Städte die Bevölkerung dort sehr ängstigen müssen.

Das internationale Städtenetzwerk erhebt daher die Forderung, dass sämtliche Kriegshandlungen in der Ukraine sofort einzustellen und von russischen Truppen besetzte Gebiete zu räumen sind.

Die staatliche Integrität und Souveränität der Ukraine ist uneingeschränkt zu wahren und weitere Aggressionen Russlands gegen sein Nachbarland haben zu unterbleiben.

Zugleich ist der Wiederaufbau der zerstörten Städte in der Ukraine zügig und unterstützt durch internationale Hilfe voranzubringen. Das internationale Städtenetzwerk wird hierzu selbstverständlich gerne einen eigenen Beitrag leisten.

Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 02.12.2020

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.2
Antragsteller	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	14.12.2020	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	15.12.2020	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	17.12.2020	beschließend
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	17.05.2021	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	18.05.2021	vorberatend
Ausländerbeirat	06.07.2021	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	zur Kenntnis
Ausländerbeirat	08.03.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	17.03.2022	zur Kenntnis
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	30.05.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	02.06.2022	beschließend
Ausländerbeirat	12.07.2022	zur Kenntnis

Betreff:
SPD-Antrag;
Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

Anlage(n):

- (1) 2020-898 SPD-Antrag Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof
- (2) 2020-898_Zeitliche Erweiterung der Beisetzung und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

■ WIR BEWEGEN RAUNHEIM 2.0!

2020/898

SPD Fraktion Raunheim • Herberich – Am Stadtzentrum 5 C • 65479 Raunheim

Herr
Stadtverordnetenvorsteher
Angelo Pellilli
Am Stadtzentrum 1
65479 Raunheim

1. Vorsitzender:
Michael Gluch

Stellvertreter:
Steffen Gabriel
David Rendel

Kontakt:
dorothee.herberich@gmx.de
06142/44118

Datum: 28.11.2020

Prüfantrag:

Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auch am Wochenende auf dem Raunheimer Friedhof ermöglicht werden können.
2. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten finden auf dem Raunheimer Friedhof in der Regel von Montag bis Freitagvormittag statt.

Immer häufiger nimmt die SPD-Fraktion allerdings wahr, dass seitens der Hinterbliebenen auch der Wunsch besteht, an Freitagnachmittagen oder sogar an Samstagen Beisetzungen und Trauerfeiern ermöglicht zu bekommen.

Gerade dann, wenn ein relevanter Teil des familiären Umfeldes außerhalb Raunheims, ggf. sogar in anderen Bundesländern oder im Ausland lebt, werden Termine für Trauerfeiern am Wochenende häufiger nachgefragt.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollte es trauernden Familien ermöglicht werden, Trauerfeiern und Beisetzungen auch an Freitagnachmittagen und Samstagen durchführen zu können.

Sicherlich ist aufgrund tariflicher Vorgaben davon auszugehen, dass das seitens der Friedhofsverwaltung bzw. der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR einzusetzende Personal nicht zu den gleichen Konditionen wie an den übrigen Tagen der Woche zur Verfügung stehen kann. Dies wird aber über einen entsprechenden finanziellen oder zeitlichen Ausgleich zu bewerkstelligen sein.



■ WIR BEWEGEN RAUNHEIM 2.0!

Hierzu ist der Magistrat aufgefordert, mit der Friedhofsverwaltung sowie der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR in Gespräche einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Antragstellung

Michael Gluch
Fraktionsvorsitzender

Mohammed Ghazi



Beantwortung von Mitteilungen, Anfragen und Anträgen aus den städtischen Gremien

Drucksache: 2020-898 A

Fachdienst/Eigenbetrieb: SW

Datum: 19.05.2022

Betreff:

Zeitliche Erweiterung der Beisetzung und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

Beantwortung:

Die Verwaltung hat im Auftrag des Magistrates geprüft, ob es eine Möglichkeit gibt, auch an Freitagnachmittagen sowie an Samstagen Beisetzungen auf dem Raunheimer Friedhof zu ermöglichen.

Hierzu wurden zunächst die umliegenden Bestatter angesprochen, welche notwendigen Dienstleistungen extern eingekauft werden könnten. Leider zeigte es sich, dass hier kein Interesse besteht, weil die Vorhaltung der personellen Ressourcen nicht wirtschaftlich abgebildet werden könne. Denkbar seien entsprechende Angebote nur dann, wenn dieses über Personal der Stadt bzw. der AÖR realisiert werden könne.

Nachdem also Lösungen privatwirtschaftlicher Art nicht realistisch erschienen, erfolgte eine Anfrage bei der Raunheim/Rüsselsheim AÖR, ob im Rahmen der bestehenden Regelungen und dem aktuellen Personal solche Leistungen erbracht werden können.

In der Antwort auf die Anfrage wurde einerseits auf die begrenzten personellen Kapazitäten verwiesen, andererseits wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass sich Regelungen außerhalb der üblichen Arbeitszeiten der AÖR (also an Freitagnachmittagen und Samstagen) nicht mit den Positionierungen des Personalrates vertragen würden.

Der Vorstand stellte aber in Aussicht, dass sich bei entsprechender Personalerhöhung, diese Leistungen womöglich perspektivisch erbringen ließen.

Da diese Ergebnisse sehr unzufriedenstellend ausfielen, hat sich Verwaltung entschlossen, zunächst eine pragmatische und zugleich wirtschaftliche sowie bedarfsgerechte Lösung zu konzipieren, welche bei entsprechender Nachfrage verstetigt und ausgebaut werden kann.

Derzeit finden überwiegend Urnenbeisetzungen auf dem Raunheimer Friedhof statt. Der personelle Aufwand für das Öffnen und Schließen des Urnengrabes ist überschaubar, für das Tragen der Urne zum Ort der Beisetzung wird eine Person benötigt, welche auch die Trauerhalle bereitstellt und nach der Beisetzung den Grabschmuck aus der Halle an das Urnengrab verbringt.

Der überwiegende Anteil der Beisetzungen in Erdgräbern wird von Mitgliedern unserer muslimischen Gemeinden gewünscht. Hier ist ein Grab auszuheben und das Erdmaterial bereitzustellen. Diese Tätigkeit kann bereits zu den Regelarbeitszeiten vorbereitet werden. Die Träger des Leichnams werden in der Regel aus der zugehörigen Gemeinde oder aus der Familie der verstorbenen Person gestellt. Das Grab wird ebenfalls durch die Mitglieder der Gemeinde und Familie nach der Beisetzung mit der bereitgestellten Erde vollständig verschlossen. Die Tätigkeiten des einzusetzenden Personals beschränken sich daher auf die Bereitstellung der Trauerhalle, die Kontrolle des ordnungsgemäßen Verschlusses des Grabes sowie dem Verbringen des Grabschmuckes an den Ort der Beisetzung.

Unter Einbeziehung des bislang auch bereits zuständigen Mitarbeiter Herr Kaiser und einer weiteren Hilfskraft (geringfügig beschäftigt) sieht die Verwaltung die Möglichkeit, folgendes Angebot zur Beisetzung am Wochenende umzusetzen:

- An Freitagnachmittagen und Samstagvormittagen ist jeweils eine Erd- sowie eine Urnenbestattung möglich.
- Bei Bestattungen im Erdgrab muss das Grab durch die Leistung eines externen Bestatters oder Friedhofsgärtners, der Gemeinde oder der Familienmitglieder vollständig mit der bereitgestellten Erde verschlossen werden. Ebenso sind vier (Sarg-)Träger zu stellen.

Die Beisetzungen am Wochenende verursachen einen erhöhten finanziellen Aufwand. Im Zuge der Anpassungen der Gebührenordnung des Raunheimer Friedhofes wird dieses Angebot dann entsprechend eigenständig bewertet und in die Gebührenordnung integriert.

Thomas Jühe
Bürgermeister

Laubscheer, Jan
Leitung EBSW